

Die Freiheit erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen 'Freie Welt' - 'Frauen-Welt' und 'Der Jugend-Besuche'...

Die gehobelpaltete Nonparvella oder deren Raum kostet 2.- M. einschließlich Inlandtransport. Kleinanzeigen: Das Letztgedruckte Wort 2.50 M. jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inlandtransport...

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Manifest der USPD.

Einstimmig beschlossen in der Vormittagsitzung des Parteitags von Leipzig am 11. Januar 1922

An das Proletariat!

I.

Je höher der Stand der kapitalistischen Entwicklung, desto mehr nimmt der Kampf der kapitalistischen Klasse gegen das Proletariat national und international an Energie und Gewalttätigkeit zu.

Die Unterdrückung der Völker, die Ausbeutung der Befehllosen für die privaten Profitinteressen bis zur unannehmerlichen Verzerrung einer verhältnismäßig winzigen Zahl mächtiger Kapitalmagnaten steht im schroffsten Gegensatz zu den Lebensinteressen der ungeheuren Mehrheit der Menschen.

Die imperialistische Phase des Kapitalismus

Sucht die Menschheit mit fortgesetzten Konflikten, Kriegen und Katastrophen aller Art heim. Massenraub, Spekulation, Wucher, Massenplünderung, Unterernährung, Hunger, Volksleiden und Massenmord vernichten Millionen von Menschen und Milliarden an Kulturwerten.

Der Krieg des Imperialismus trennte die weltwirtschaftlich auf das innigste miteinander verbundenen und aufeinander angewiesenen Völker, erschütterte schwer das kapitalistische Wirtschaftssystem, löste tiefgehende politische und ökonomische Krisen aus und revolutionierte die Völker.

Wirtschaftlich hat der Krieg nach einer kurzen Wiederaufbauperiode

die Weltkrise

hinterlassen. Die Produktions- und Konsumtionskraft der am Krieg beteiligten europäischen Staaten wurde aufs äußerste herabgedrückt: Osteuropa ist fast vollständig, Mitteleuropa zum großen Teil als Konjunktur auf dem Weltmarkt ausgeschaltet. Die durch den Krieg verursachte Verschiebung der Handelswege, die Zerrüttung der internationalen Währungsverhältnisse mit ihren außerordentlichen Wertschwankungen steigerte die Störungen in den internationalen Handelsbeziehungen.

Durch die Gewaltspolitik nach dem Kriege haben die siegreichen Imperialisten die Weltkrise noch verschärft. Die Bedingungen des Versailles Friedens und des Londoner Ultimatum wirken verhängnisvoll auf alle beteiligten Staaten. Deutschland wird zur Schuldentrutz auf dem Weltmarkt gezwungen, unter gleichzeitigen finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen von unerträglicher Schwere. Das bedeutet Verelendung der Wirtschaft in Deutschland, insbesondere für die deutsche Arbeiterklasse:

Hungerlöhne und die Niederhaltung ihrer Lebenslage

Gewaltfrieden und Ultimatum brachten aber auch den siegreichen Staaten schwere Krisen, Arbeitslosigkeit, Betriebseinstellungen, Produktionsstodungen, Ueberfluß an Handelstonnage, Anhäufung unverkäuflicher, in den besiegten Staaten fehlender Rohstoffe. Die Folgen dieser Zerstörungen in der Weltwirtschaft lassen in erster Linie auf dem internationalen Proletariat, das, durch sie geschwächt, dem Kapitalismus nicht den erforderlichen starken Widerstand entgegenzusetzen vermag. Krieg, Wirtschaftskrise und Friedensvertrag haben die Proletarier aller Länder zu Befiegten des Imperialismus gemacht.

II.

In Deutschland

rüttelsten Weltkrieg und Zusammenbruch das arbeitende Volk zur revolutionären Tat auf. Es ergriff die politische Macht. Statt aber alle proletarischen Kräfte zusammenzuführen zu einem konsequenten Kampfe um den Sozialismus, haben die Rechtssozialisten Koalitionspolitik mit dem Bürgertum getrieben und dadurch die Kunst in der Arbeiterklasse verdrängt. Das mangelnde Selbstvertrauen und der fehlende revolutionäre Wille im rechtssozialistischen Lager, das Partieren mit dem Bürgertum, die dadurch verursachte Wiederaufrichtung eines reaktionären Militarismus und das Abwürgen revolutionärer Errungenschaften stärkten das Selbstbewußtsein der Bourgeoisie, trieben schwankende Elemente des Kleinbürgertums zurück in die Arme des Kapitalismus, lähmten den proletarischen Klassenkampf, verschärften die Zersplitterung der Arbeiterklasse und führten zu dem Erstarken der Konterevolution. Töricht verhängnisvolle Wirkungen wurden ausgelöst durch die von der Moskauer Kommunistischen Internationale ausgehende Politik der Spaltung der politischen und gewerkschaftlichen Kampforganisationen des Proletariats und die von der gleichen Stelle genährte planlose Partistaktik, die der deutschen Arbeiterklasse schwere Wunden schlug.

Die verderblichen Folgen der

Schwächung des Proletariats

und der

Wiedererstarkung der Bourgeoisie

treten immer deutlicher hervor. Das im Kriege begonnene System der Dedung der Staatsausgaben durch Anleihen und Notenbrud wurde auch von allen Koalitionsregierungen der Nachkriegszeit fortgesetzt. Die Schonung des Besitzes hat diesem die Mittel in

die Hand gegeben, die Entwertung der Mark durch eine beispiellose Spekulation ins Unerträgliche zu steigern und ungeheure Konjunktur- und Auslandsgewinne einzuheimen. Zugleich vollzieht sich

der kapitalistische Zusammenschluß in Riesenkonzernen

und damit eine weitere Erstarkung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Kapitalistenklasse.

Während die kapitalistischen Kreise rücksichtslos ihre Profitinteressen durchsetzen, führt die allgemeine Krise eine zunehmende Verelendung der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden, Kleinrentner, Sozial- und Kriegrentner herbei. Ohnmacht und Rücksicht auf die kapitalistischen Interessen lassen die Regierung zurücktreten vor dem Zugriff auf den Besitz, um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und Mittel für die erzwungenen Reparationsverpflichtungen zu gewinnen. Diese Haltung der Regierung stärkt Selbstbewußtsein und Rücksichtslosigkeit der Industriellen, die ihren kräftesten Ausdruck fand in den unerschämten Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie nach Entlastung der Reichsbetriebe, Forderungen, die die beabsichtigten Attentate auf die Grundrechte der Arbeiterschaft und gleichzeitig die Diktatur des Kapitalismus offen enthüllen. All diesen Ersparungen zum Trotz haben die Rechtssozialisten in Görlch ihre Bereitwilligkeit bekundet, durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei die Basis ihrer Koalitionspolitik nach rechts noch zu erweitern.

III.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei,

die sich erneut zu den Grundfäden der in Halle und Leipzig gefassten Beschlüsse bekennt, gewinnt aus den Ereignissen des letzten Jahres erneut die Ueberzeugung, daß auf diesem Wege die proletarischen Massen zusammenzuführen sind und der Sieg der Arbeiterklasse zu verwirklichen ist.

In der kapitalistischen Gesellschaft steht das Klassenbewußte Proletariat im unüberbrückbaren Gegensatz zu der Kapitalistenklasse im Produktionsprozeß, im Staat zu den bürgerlichen Parteien. Gegenüber dem System des Kapitalismus, das in seiner Konsequenz zu immer härterer Ausbeutung, zu verstärkten Angriffen auf alle sozialpolitischen Errungenschaften, zur unerträglichen Belastung aller nicht besitzenden Schichten führt, muß deshalb die härteste Kampfstellung eingenommen werden.

Indem die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre

klare Klassenkampfpolitik

fortsetzt, frei von jeder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, ermöglicht sie den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien für den heftigen Endkampf des Proletariats. Denn die soziale Revolution kann nur zum Sieg geführt, der Sozialismus nur verwirklicht werden von einem Proletariat, das erfüllt ist mit sozialistischem Klassenbewußtsein und zusammengefaßt ist zu einer unabhängigen Führung des Klassenkampfes.

Der Klassenkampf

muß geführt werden, um alle aus der jeweiligen Situation sich ergebenden Forderungen und Reformen. Ihre Durchsetzung bedeutet ständige Machterweiterung und Erhaltung der Kampftrakt, die das Proletariat befähigt zur Eroberung der politischen Macht und zur Durchführung des Sozialismus.

Im Gegensatz zu den Sozialreformisten, denen die Reformen immer mehr Selbstzweck werden, steht die Unabhängige Sozialdemokratische Partei den Wert der Reformen darin, die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe für die soziale Umwälzung zu stärken. Von den Butschiken trennt uns dabei die Erkenntnis, daß die Kampfmittel den jeweiligen Machtverhältnissen der Klassen angepaßt sein müssen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei begehrt weder den Fehler, das sozialistische Ziel um augenblickliche Reformen willen aus dem Auge zu verlieren, noch vernachlässigt sie den Kampf des Tages in dem Irrtum, ohne diesen das Ziel sofort erreichen zu können.

In Deutschland ist bei der Stärke des Proletariats die Erziehung und Behauptung der Macht durch die Arbeiterschaft die oberste Aufgabe. Dazu bedarf es vor allem der Zusammenfassung und Einigung aller proletarischen Kräfte. Diese

Zusammenfassung und Einigung

wird erwachsen aus dem Ringen des Proletariats um seine Lebensinteressen. Politische Notwendigkeiten, die weitere Entwicklung der sozialen Revolution haben die proletarischen Massen schon wiederholt zu gemeinsamen Aktionen gezwungen und werden es in Zukunft in immer erhöhtem Maße tun. Die Arbeiterparteien haben dabei die Pflicht, jeweils das Maximum an Einheit des Proletariats herbeizuführen. Dazu ist notwendig, daß eine Verhängung gesucht wird über die dem Gesamtinteresse des Proletariats dienenden Forderungen und über Art, Umfang und Ziel der gemeinsamen Aktion. Diese Verhängung zu gemeinsamen Kämpfen kann verschiedene Formen annehmen: Ausstellung gemeinsamer Forderungen und, wenn notwendig, ihre gemeinschaftliche Vertrittung in den Parlamenten des Reiches, der Länder und der Gemeinden, gemeinsame Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionen.

Aus diesen gemeinsamen Kämpfen wird sich der Weg ergeben, der schließlich zur Vereinigung führt auf dem Boden des Kampfes für die Verwirklichung des Sozialismus.

IV.

Von vorstehenden Grundfäden ausgehend, stellt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei die nachfolgenden

wirtschafts- und sozialpolitischen Kampfziele

in den Vordergrund:

- 1. Fortführung der sozialen Gesetzgebung.
2. Bekämpfung jeder Verlängerung der Arbeitszeit.
3. Ablehnung jeder Beschränkung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts.
4. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.
5. Verwirklichung des Grundgesetzes, daß der Staat die Pflicht zur Erhaltung bedürftiger, arbeitsunfähiger oder arbeitsloser Mitglieder der Gesellschaft hat.
6. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes.

Eine den Klassenforderungen des Proletariats entsprechende Führung der Reichsgeschäfte setzt eine Finanz- und Steuerpolitik voraus, die an Stelle der weiteren einseitigen Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger endlich Ernst macht mit der wirksamen Heranziehung des Besitzes zu den Staatslasten.

Die von der Regierung vorgelegten Steuerentwürfe erreichen das Ziel der Ordnung der Reichsfinanzen nicht und widersprechen den Interessen der Arbeiterklasse.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei lehnt jede weitere Belastung der arbeitenden Massen ab und bekämpft auf das entschiedenste neue indirekte und Verbrauchssteuern.

Dagegen fordern wir die Heranziehung des Besitzes mit solchen Methoden, die eine rasche Einziehung gewährleisten, die Steuerhinterziehung verhindern und die Besteuerung nach der wirklichen Leistungsfähigkeit garantieren. Leistungsfähig aber sind die Besitzer der Produktionsmittel, für die die Geldentwertung eine Quelle der Bereicherung geworden ist. Als Grundlage der Finanzreform verlangen wir deshalb

Die Erfassung der Sachwerte

Wir fordern weiter:

Unverzügliche Einziehung aller rückständigen Einkommen und Vermögenssteuern der besitzenden Klasse für die Jahre 1919, 1920 und 1921!

Erhebung der letzten zwei Drittel des Reichsnotopfers. Schärfste Besteuerung der Spekulationsgewinne, insbesondere der Gratisaktien und Bezugsrechte.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben zur Erfassung der Wertsatzgewinne, verschärfte Erfassung der Auslandsdividen durch wirksame Kontrolle der Ausfuhrhandelsstellen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei erhebt von neuem mit allem Nachdruck die Forderung nach

Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Kohlenbergbaues

Mit fortschreitender Sozialisierung werden auch die Schranken jeder im Kapitalismus möglichen Steuerpolitik überwunden und eine sozialistische Steuerpolitik ermöglicht, die die Vereinfachung der großen Vermögen und der großen Einkommen zum Endziel hat. Diese von uns erneut erhobenen Forderungen stehen im Einklang mit den im November 1921 vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände aufgestellten 10 Forderungen.

Der Parteitag betont mit allem Nachdruck, daß diese Forderungen zur Grundlage des gemeinsamen proletarischen Kampfes sämtlicher gewerkschaftlicher und politischer Organisationen der deutschen Arbeiterklasse gemacht werden müssen.

Dieser Kampf muß zum verheißungsvollen Ausgangspunkt der einheitlichen Kampffront werden, die sich im gemeinsamen Ringen bildet und zur dauernden Einigung des Proletariats führt.

V.

Diese Einigung mit allen Kräften anzustreben und durchzuführen, ist eine der bedeutsamsten historischen Aufgaben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die in den schwersten Zeiten des Weltkrieges das internationale Banner hochgehalten hat. Diese Zusammenfassung der Kräfte ist nicht nur für Deutschland zu erstreben. Der Endsieg des Sozialismus kann nur international errungen werden. Dazu bedarf es der Ueberwindung der Zersplitterung innerhalb der internationalen Arbeiterschaft, der Zusammenführung aller proletarisch-sozialistischen Kräfte der Welt auf dem Boden revolutionären Kampfes. Aufgaben, der die Internationale Arbeitgemeinschaft Sozialistischer Parteien zu den übrigen gemacht hat.

Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heißt daher die im Februar 1921 auf der Gründungskonferenz der Internationalen Arbeitgemeinschaft in Wien gefassten Beschlüsse gut und beschließt:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekräftigt den Anschluß an die Internationale Arbeitgemeinschaft Sozialistischer Parteien und verpflichtet sich, für die gefassten Beschlüsse mit aller Kraft einzutreten.

Proletarier Deutschlands, Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Wir marschieren!

Das Fortschreiten der sozialistischen Bewegung ist nicht nur abhängig von den ökonomischen Bedingungen jedes Landes, sondern auch von dem Reifegrad der Arbeiterbewegung. Der Gedanke der Internationalität, der die Arbeiterbewegung von jeher beherrscht, hat deshalb in der Epoche der Umwälzungen erhöhte Bedeutung. Stark und kräftig aber kann die Arbeiterbewegung nur werden, wenn sie, auf dem Boden des Marxismus stehend, die ihr von dem Klassenkampf gestellten Aufgaben zu erfüllen sucht. Die zweite Internationale ebenso wie die dritte haben aber diesen Boden verlassen. Die U. S. P. gab deshalb auf dem Leipziger Parteitag 1919 die Anregung zur Gründung der Wiener Arbeitsgemeinschaft. Diese ist, wie Genosse Crispian in seinem temperamentvollen, oft von stürmischer Zustimmung des Parteitages begleiteten Darlegungen in der Vormittagsitzung am Mittwoch berichtete, im guten Wachstum begriffen. Zu den 13 Parteien, die in Wien die Gründung vornahmen, haben sich weitere 7 Parteien gefunden, die um Zulassung ersuchen. Die umfassende Internationale aller revolutionären proletarischen Parteien ist also im Werden. So hat sich auch auf diesem Gebiet die U. S. P. als die Partei der Förderung der proletarischen sozialistischen Bewegung, der praktischen Einigung erwiesen.

Am Schluss der Vormittagsitzung erhielt diese Förderung der proletarischen Solidarität durch die U. S. P. eine glänzende Bestätigung. Bereits in der Eröffnungsitzung hatte der Parteitag seiner Entrüstung über die Verfolgung russischer Sozialisten durch die Sowjetregierung bekundet. Dittmann gab Mitteilung von der eingelaufenen Antwort, die den ungünstigen Eindruck über die Haltung der Moskauer Despoten abzuschwächen sucht. Das Manöver mißlang aber, denn Genosse Abramowitsch, der Vertreter der russischen sozialdemokratischen Partei wies nach, daß das Telegramm gerade durch seine demagogische Unterschlagung eine Bestätigung seiner Angaben enthalte. Die angebliche Mißde, die jetzt von Moskau vorgetäuscht werde, enthüllt nur einen Fynismus, wie in der Geschichte der sozialistischen Bewegung noch nicht erhört sei. Trotzdem wolle er mit Genugtuung feststellen, daß das Eingreifen des Parteitages von Erfolg gewesen sei, denn 34 Hungerstreikende sollen jetzt nicht mehr, wie ursprünglich beabsichtigt, nach Turkestan verbannt werden, sondern „nur“ in entlegene Gegenden des europäischen Rußlands.

Der weitere Verlauf der Sitzung des Parteitages legte Zeugnis davon ab, daß die U. S. P. kräftig und lebensfähig ist, daß sie erwarten kann, auch in absehbarer Zeit in Deutschland in stärkerem Maße bestimmend auf den Gang der Ereignisse einwirken zu können. In Halle war unsere Organisation zerschlagen worden, unsere Kassen wurden beraubt, während die Schulden blieben, die Presse war schwer erschüttert. Mutlosigkeit hatte viele unserer Besten ergriffen. Sie verzeifelten daran, daß es gelingen würde, die Organisation wieder aufzubauen und die zerstreuten Kämpfer zu sammeln.

Aus der Tatsache, daß dem Parteitag kein gedruckter Geschäftsbericht vorgelegt worden war und daß die Berichterstattung nicht wie sonst üblich, am Beginn der Tagung gefehert wurde, hatten bürgerliche, wie rechtssozialistische Kreise geschlossen, daß die U. S. P. so schwach sei, daß sie öffentliche Rechnungslegung und Berichterstattung zu scheuen habe. Der von dem Genossen Ludwig erstattete Bericht hat diese Meinung gründlich zerstört. Zweihundertfünfzig Bezirke sind auf dem Parteitag vertreten, darunter Danzig, das Saargebiet und Oberschlesien. Die U. S. P. hat gegenwärtig 7222 Stadterordnete, 438 Kreistagsabgeordnete, 124 Landtagsabgeordnete, 64 Vertreter in den Provinzialparlamenten, 61 Reichstagsabgeordnete und 15 Reichsräte, Staatsräte und Minister. Noch deutlicher zeigt die Zahl der Mitglieder, daß das Moskauer Verbrechen an den gesunden Ideen der U. S. P. und der Tapferkeit ihrer Anhänger in kurzer Zeit nahezu wettgemacht worden ist. 300695 an die Zentrale der Partei zählende Mitglieder, also keine Papiersoldaten, mustert gegenwärtig die U. S. P. Sie hat somit ihre Werberkraft aufs neue bewiesen und verhindert, daß durch den von Moskau gewaltsam heraufbeschworenen Spaltungsvorwurf die treibenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung gelähmt wurden. Ein ähnliches, wenn auch durchaus nicht zu optimistischen Schlussfolgerungen verleitendes Ergebnis zeigen die Finanzen der Partei. Die Zentrale hat eine Einnahme von rund 1800000 Mark, die Bezirke eine solche von 42 Millionen Mark gehabt. Diese Einnahmen stellen Beitragsleistungen der Mitglieder dar. Zuschüsse oder Subsidien, durch die allein die kommunistische Partei am Leben erhalten wurde, hat die U. S. P. nie gehabt. Deshalb aber müssen auch die eigenen Mitglieder zu höheren Beitragsleistungen veranlaßt werden. Auch die Presse der U. S. P. hat den ihr zugefügten Schlag besser überstanden, als selbst Optimisten zu hoffen wagten. Hatten wir vor der Spaltung 50 täglich erscheinende Blätter, so mustern wir jetzt immer noch 48. Zwar kämpfen viele Zeitungen stark mit den widrigen Verhältnissen, aber das ist nicht allein das Schicksal der Presse der U. S. P., sondern das Schicksal der gesamten Presse.

Alles in allem können wir mit dem abgelaufenen Jahr zufrieden sein, denn wir haben nicht nur einen geistigen Sieg über den Bolschewismus errungen, sondern auch einen organisatorischen. Während bei den Kommunisten alles in heller Auflösung begriffen ist, schließen sich bei uns die Kadern, ziehen wir neue Kräfte an uns heran und versuchen sie für die kommenden großen Aufgaben zu schulen. Mit Recht ist deshalb die große Bedeutung der Bildungsfrage, in der sich an diesen Bericht anschließenden Diskussion betont worden. Die Verwirrung der Geister durch den Krieg und die bolschewistische Idee muß beseitigt werden. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen für die Erfassung und geistige Durchdringung der großen Probleme, die uns die Gegenwart stellt. Wir brauchen nicht nur Sozialisten, die ihr enges Arbeitsgebiet bis ins Kleinste kennen, sondern auch viele Männer, die von hoher Warte aus die großen Zusammenhänge begreifen und die Voraussetzungen schaffen, daß auch die Massen nicht nur die Erscheinungen an sich, sondern auch ihre Ursachen und ihre Bedeutung erkennen. Auch uns scheint nur die Lösung dieser Aufgabe, die Schaffung einer Bildungszentrale unumgänglich zu sein. Bei dem Mangel an Kräften, den die gesamte Arbeiterbewegung hat, ist Konzentration notwendig und auch systematisch. Beides läßt sich nur durchführen mit Hilfe einer Zentralfelle, wie sie seit 19 Jahren vorbildlich von den österreichischen Genossen in Wirksamkeit gesetzt worden ist. Daß der Parteitag diesen Antrag ein-

stimmig angenommen hat, scheint uns ein günstiges Zeichen zu sein für das geistige Leben, das in der Zukunft die organisatorische und politische Arbeit der U. S. P. beherrschen soll.

Internationale Rundgebung der U.S.P.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Leipzig, 11. Januar.

In einer Rundgebung von einer solchen Macht, daß man, wie einer der Redner, Genosse Grundbach aus Paris, sagte, den Eindruck davon nicht in Worten wiedergeben kann, haben heute Abend die Arbeiter Leipzigs auf den Ruf der U. S. P. für die internationale Verbrüderung des Proletariats gegen Gewaltfrieden und Kriegsgelüste demonstriert. In der gewaltigen Textilmehle stand die Menge Kopf an Kopf gedrängt. Mindestens 25 000 Männer und Frauen waren versammelt. Neben waren die Vertreter der ausländischen Bruderparteien aus dem Leipziger Parteitag. Fritz Adler eröffnete den Reigen als Vertreter der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien und zeichnete den Weg, den sie zurückgelegt, den Fortschritt, den sie gemacht hat. Er überbrachte zugleich die brüderlichen Grüße der österreichischen Sozialdemokratie. Als zweiter Redner sprach Paul Faure für die französische sozialistische Partei. Er gab in leidenschaftlichen Worten die brüderlichen Gefühle und den Willen der französischen Genossen kund, mit den deutschen Arbeitern und denen der ganzen Welt für die Aufrichtung des wahren Friedens und für die Beseitigung der Arbeiter zu arbeiten. Ihm folgte Genosse Abramowitsch, dessen Schilderung der furchtbaren Leiden der russischen Sozialisten unter dem grauenhaften Terrorregiment der Bolschewisten tiefe Bewegung und fürmischen Protest in der Menge auslöste. Für die Schweizer sprach Genosse Reinhardt, der die Anschläge der Schweizer Bourgeoisie auf die Rechte des Schweizer Proletariats schilderte. Nach ihm sprach Renaudel, der die Rede von Paul Faure wirkungsvoll ergänzte. Für die Frauen sprach Genossin Zieg, die die Bereitschaft des weiblichen Proletariats bekundete, an dem internationalen Freiheitskampf mitzuarbeiten.

Als dritter französischer Redner sprach Grundbach in deutscher Sprache; die Reden der beiden Genossen in französischer Sprache waren von Genossen Rudolf Breitscheid in wirkungsvoller Weise ins Deutsche übertragen worden. Grundbach sprach unter fürmischen Jubel der Versammlung davon, daß die französischen Delegierten in großer Zahl hier erschienen sind, um besonders stark zum Ausdruck zu bringen, daß die Verbrüderung der deutschen und französischen Proletarier in Folge der Feinde der französischen Militäristen besonders dringlich ist. Er versicherte, daß sie zurückkehren werden nach Frankreich, gewappnet mit dem großen Eindruck dieser Rundgebung, daß sie ihren Chauvinisten, die von heimlicher Rüstung und von heimlicher Munitionsfabrikation in Deutschland sprechen, entgegen werden: Wir haben sie gesehen, die Tausende, die uns zuubelten, die die Bürgerhaft sind dafür, daß die Sicherung Frankreichs nicht zu suchen ist in den militärischen Vorkehrungen, sondern in dem Willen der deutschen Arbeiter, den Frieden der Welt zu erhalten und zu verteidigen gegen alle Angreifer. Er rief den Versammelten ein zweifelhafte „Auf Wiedersehen“ zu. Unter fürmischen Jubel verlangten die Versammelten das nochmalige Erscheinen der Franzosen.

Crispian sprach im Namen der U. S. P. den Vertretern der ausländischen Parteien den Dank der deutschen Genossen aus. Er versicherte, daß die deutschen Arbeiter Hand in Hand mit den Brüdern des Auslandes kämpfen werden.

Die Arbeiterjünger hatten die Rundgebung mit einem Freiheitssong eröffnet, den Schluß machte ein gewaltiger Massengesang der Internationale. Die unvergleichliche Rundgebung, die von fürmischen Beifallsbezeugungen durchdrungen war, wird allen Teilnehmern ein unvergeßliches Erlebnis sein.

Eine sozialistische Konferenz in Paris?

Nach dem „Vorwärts“ berichtet Banderneide im „Peuple“ nach seiner Rückkehr aus Paris, daß ursprünglich der Plan einer fünferkonferenz zwischen Frankreich, England, Belgien, Italien und Deutschland bestanden habe. Die Einladung sollte dann erweitert werden. Es habe sich schließlich gezeigt, daß ebenso wie die Wiener und die Zweite Internationale die ganze Welt eine Konferenz wolle. Andererseits müßte man, wenn man bald zur Sache kommen wollte, auf den ursprünglichen Plan einer beschränkten Konferenz für den Anfang zurückgreifen. Unter diesen Umständen habe der Parteivorstand der französischen Partei einstimmig Paul Faure den Auftrag gegeben, bei den in Leipzig anwesenden Delegierten von Wien auf folgende zwei Punkte zu dringen: 1. Die französische Partei möge sofort eine Konferenz der fünf Westländer einberufen. 2. Es sollen sofort Unterhandlungen mit der Labour Party als der Beauftragten der Zweiten Internationale für die Vorbereitung der Konferenz angeknüpft werden. Man könne danach erwarten, daß die engere Konferenz in den ersten Februartagen in Paris stattfinden werde.

Dazu ist zu bemerken, daß die Internationale Arbeitsgemeinschaft eine Konferenz der Arbeiterparteien aus allen an den Reparationsfragen interessierten Ländern einberufen wolle. Uns ist nicht bekannt, ob die Moskauer Internationale die Teilnahme an einer solchen Konferenz abgelehnt hat und ob diese demnach nur von den Parteien der zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft beschied werden soll.

Die U.S.P. in Polen

Warschau, 11. Januar. (Intel.)

In der in Krafau erscheinenden Wochenchrift der Unabhängigen Sozialistischen Partei Polens „Niedzialnych Sojalistow“ wird mitgeteilt, daß die Partei in Krafau im Dombrowagebiet, in Loda und anderen Städten bereits selbständige Organisationen besitzt und die Gründung weiterer Organisationen in der nächsten Zeit bevorsteht. — In der gleichen Nummer erhebt der bekannte Sozialist Drobner heftige Angriffe gegen die Politik der Führer der P. P. S., durch die die Zahl der Parteimitglieder von 100 000 im Jahre 1920 auf etwa 51 000 im Mai 1921 heruntergebracht worden sei. Drobner erhebt gegen Drobanski und andere Abgeordnete der P. P. S. den Vorwurf, ihre Parteistellung zu persönlichen Vorteilen mißbraucht zu haben.

Das Schicksal der Deutschen Werke

Berlin, 11. Januar.

Die Deutsche Volkshilfe in Paris hat am 10. Januar 1922 folgende von Cambon gezeichnete Note der Sozialistenkonferenz über die Deutschen Werke erhalten:

„Eure Excellenz haben die Sozialistenkonferenz mit dem gest. Schreiben vom 18. November 1921 die Auffassung Ihrer Regierung über die Frage der Deutschen Werke wissen lassen. Ich beehre mich, Eurer Excellenz mitzuteilen, daß die Sozialistenkonferenz alle Maßnahmen, die die Internationalisierte Militärkontrollkommission

in dieser Hinsicht getroffen hat, als vollständig begründet ansieht. Indes ist die Kommission ermächtigt, zur Durchführung der Umstellungen, die sie für erforderlich erachtet wird, Fristen zu bewilligen, die ausreichen, um die besonderen Interessen der Arbeiter vollständig zu wahren. Bedingung ist dabei, daß diese Umstellungen spätestens im Zeitpunkt des Aufhörens jeder effektiven Kontrolle seitens der Alliierten Mächte vollständig beendet sind. Die Sozialistenkonferenz hat die Internationalisierte Militärkontrollkommission angewiesen, diese Entscheidung zur Kenntnis der Deutschen Regierung zu bringen und alle Einzelfragen zu regeln, die das Schreiben Eurer Excellenz vom 16. November aufwirft.“

Das in der Note angekündigte Schreiben der Internationalisierten Kontrollkommission ist dem Auswärtigen Amt bisher noch nicht zugegangen. Es wäre daher vorzuziehen, Schlüsse aus seinem Inhalt ziehen zu wollen, solange es nicht im Wortlaut vorliegt.

Ablehnung eines deutschen Protestes

Der Völkerverbund und die Verhältnisse im Saargebiet

Genf, 11. Januar.

Der Völkerverbundrat wies heute in öffentlicher Sitzung nach Berichterstattung und laut Antrag des chinesischen Vertreters Tang Tsai zu den deutschen Einsprüchen gegen die Verfügung der Regierungskommission des Saargebietes über den Begriff „Saarbewohner“ ab. Die Ablehnung erfolgte einstimmig und ohne Debatte. Die ablehnende Entscheidung des Völkerverbundrates hat folgenden Wortlaut:

„Der Rat beschließt, daß der Protest der deutschen Regierung vom 23. April 1921 gegen die Verfügung der Regierungskommission des Saargebietes über die Definition der Eigenschaft eines Saarbewohners vom 15. Mai 1921 zu keinerlei Intervention des Völkerverbundrates Anlaß gibt. Der Generalsekretär wird beauftragt, der deutschen Regierung ein Exemplar des Berichtes über diese Entscheidung zur Kenntnisnahme zuzustellen.“

Die Begründung des Antrages war äußerst kurz. Nach einem ausführlichen Resümee des deutschen Protestes und der Entgegnung der Regierungskommission erklärte der Berichterstatter im wesentlichen, daß der Ausdruck „Saarbewohner“ häufig im Vertrag vorkommt und daß die Saarbewohner de facto und de jure eine losgelöste und abseits stehende Gruppe darstellen, daß sie, wenn sie auch nicht ihre Nationalität verloren haben, so doch auf Grund des Vertrages eine neue gesetzliche Stellung einnehmen. Die ganz besondere Lage des Saargebietes erfordert besondere Maßnahmen. Im übrigen scheint die Verfügung nicht die Nationalität der Bewohner zu beeinträchtigen. Ferner müßten die politischen Rechte der Bewohner nicht von der Nationalität abhängig gemacht werden. Die Bestimmung der Verfügung der Regierungskommission, daß die Eigenschaft eines Saarbewohners vom Wohnort im Lande und anderen von diesem wesentlichen Grundlag abgeleiteten Bedingungen abhängen soll, sei durchaus angebracht.

Schupo und Orgeß

In einem längeren Erlaß verweist der preussische Minister des Innern auf die durch verschiedene Bekanntmachungen der Reichsregierung erfolgte Auflösung der Organisationen Eicherich, Rogbach, Tulod, Oberland, Hubertus und Hendebred. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, wird in der Rundgebung betont, daß diese Verbote namentlich für die Polizeibeamten Geltung haben, zu deren besonderen Pflichten es ja gehöre, die bestehenden Gesetze mit Einschlag der ganzen Persönlichkeit zu schützen. Eine Uebertretung dieses Verbotes zieht schwere disziplinarische Bestrafungen und gegebenenfalls Dienstentlassung nach sich.

Auf Grund des Artikels 78 der preussischen Verfassung ist allen Polizeibeamten die Beteiligung an einer Organisation oder die Mitwirkung bei Bestrebungen, welche die Verfassung auf nicht-gesetzlichem Wege ändern wollen, und jede Betätigung in diesem Sinne verboten.

Außerhalb des Dienstes und in bürgerlicher Kleidung unterliegt die politische Betätigung der Polizeibeamten — unbeschadet der durch die Verfassung gebotenen Einschränkung — keinerlei Beschränkung. Der Minister spricht aber die Erwartung aus, daß die Beamten sich stets im Dienst und außerhalb des Dienstes bewußt sind, Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei zu sein. Aus diesem Grunde ist es dringend erwünscht, daß die Polizeibeamten sich von einer öffentlichen Betätigung auch in solchen Organisationen fernhalten, deren Ziele nicht offenkundig und einwandfrei verfassungsfremdlich sind.

Am Schluß des Erlasses betont Minister Severing, er werde die Ehre der Polizeibeamtschaft und ihr Ansehen in Anerkennung ihres aufopfernden Verhaltens nachdrücklich schützen, wenn die Beamten ihre Pflichten in dieser Weise auffassen und beobachten. Der Minister erwartet von allen Vorgesetzten der Polizeibeamten, daß sie unbegründeten Angriffen und Verdächtigungen gegen die Polizei oder gegen einzelne Beamte, die sich dienstlicher Befehlungen nicht schuldig gemacht haben, mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Die Vorgänge in Sonnenburg

Zu den Meldungen über Vorgänge in der Strafanstalt Sonnenburg wird dem Preussischen Pressedienst von zuständiger Stelle geschrieben:

„Der Ausgangspunkt bildete der gemeinsame Widerstand, den fünf Gefangene ihrer Unterbringung in Einzelhaft entgegensetzten, so daß sie zwangsweise getrennt werden mußten. Der Vorfall wurde unter den übrigen Gefangenen entsetzt und ausgebahnt bekannt. Dies führte zu einer Arbeitsverweigerung eines großen Teiles der Gefangenen. Die Arbeit ist jedoch schon am Montag wieder aufgenommen worden. Die von der Aufsichtsbehörde vorgenommene Untersuchung der Angelegenheit an Ort und Stelle hat bisher nicht ergeben, daß Beamte ihre Befugnisse überschritten haben. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.“

Öffentlich werden die Ermittlungen so geführt, daß der wahre Sachverhalt nicht verdunkelt wird. Das kann nur geschehen, wenn ein parlamentarischer Ausschuss die Verhältnisse in der Strafanstalt Sonnenburg untersucht.

Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ trafen drei Kommunisten aus Köln, die vom britischen Befehlshaber wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz zu Gefängnisstrafen verurteilt waren, am Montag im Gefängnis Siegburg in den Hungerstreik, weil angeblich der deutsche Staatsanwalt in derselben Sache ein Verfahren gegen sie eingeleitet haben soll.

Verbot des Uniformtragens. Die „Arenzzeitung“ stellt in ihrer Mittwochnachmittagsausgabe „anlässlich der bevorstehenden Kaisergeburtstagsfeier“ die Behauptung auf, daß das seinerzeit erlassene Verbot des Uniformtragens der verabschiedeten Offiziere nicht mehr bestünde. Demgegenüber hören die U. S. P. von zuständiger Stelle, daß infolge des Reichstagsbeschlusses vom 17. Dezember am 22. Dezember nur die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. September, die ihrerseits eine Neuauflage der Verordnung vom 28. August war, und die sich beide gegen die Presse richteten, aufgehoben worden sind. Dagegen besteht die Verordnung über das Uniformtragen nach wie vor weiter.

Zur Schande noch den Hohn!

Die Antwort aus Moskau

Die „Rote Fahne“ teilt in ihrer gestrigen Abendausgabe mit, daß nach einem Telegramm aus Moskau „das Gerücht über angebliche schwere Leiden der Menschewiki „pure Verleumdung“ sei. Es stelle sich heraus, daß man wieder, wie so oft, von einem antibolschewistischen Lügner der Menschewiki angeführt worden ist.“ Gebe es eine mildere Behandlung von Leuten, „die in schwerster Zeit der Revolution in den Rücken gefallen sind“? Die Antwort darauf ist in der gestrigen Sitzung unseres Parteitag in Leipzig gegeben worden. Hören wir:

Genosse Dittmann unterbricht die Debatte, um folgendes Telegramm an den Parteitag zu verlesen, das der „Koska“ in Wien aus Moskau übermittelt wurde: „Aus Moskau wird vom 9. Januar gemeldet: Die Würden über die angeblichen Leiden der Menschewiki sind einfache Verleumdungen. Nicht 300, sondern 34 Menschewiki sind aus Moskau verbannt wegen ihrer konterrevolutionären Tätigkeit und können zum Aufenthalt eine der drei folgenden Städte wählen: Wjatin im Gouvernement Jaroslaw, Kaschin im Gouvernement Twer, Komtojal im Gouvernement Woronoch oder ins Ausland gehen auf Kosten der Sowjetregierung. Diese Maßnahmen sind in Anbetracht der schädigenden Handlungen außerordentlich mild.“

Zu dem Telegramm spricht Abramowitsch: Das Dementi ist die glänzendste Bekräftigung unserer Behauptung. Richtig ist, was darin steht, aber auch das, was verschwiegen wird. Von den von uns zuerst genannten 35 Genossen ist inzwischen einer nach dem Lazarett überwiesen worden. Es wurde von uns nicht behauptet, daß lediglich Mitglieder unserer Partei verhaftet sind; wir haben ausdrücklich gesagt, daß unsere angegebene Zahlen sich auf alle Teilnehmer an dem Hungerstreik beziehen, also auch die anderen politischen Gefangenen umfassen. Unsere Genossen sind aus dem Sowjet ausgeschlossen worden, weil sie angeblich konterrevolutionär gehandelt haben. Diese konterrevolutionären Handlungen bestanden darin, daß sie es abgelehnt haben, für Lenin als Ehrenvorsitzenden zu stimmen. Die „Rote Fahne“ ist jetzt auf den Gedanken verfallen, das Gesselsystem auf die Sozialisten anzuwenden. In ihrem gestrigen Artikel schreibt sie, daß die Sowjetregierung vielleicht die gefangenen Sozialisten freigeben würde, wenn auch die deutsche Regierung sich dazu entschließt. Die logische Folge dieser Hottentottenpolitik wäre, daß Rußland die politischen Gefangenen solange zurückhalten müßte, solange irgendeine Regierung die politischen Gefangenen nicht in Freiheit setzt. Mit der unmenschlichen Behandlung der politischen Gefangenen wird in Rußland fortgeföhrt. Die Wächter schicken, sobald nur ein Gefangener sich am Fenster blicken läßt, um Luft zu schöpfen. Ein Genosse hat auf diese Weise einen Brustschuß erhalten. (Lebhafte Entrüstung.) Ich glaube doch einen kleinen Erfolg der Intervention des internationalen Proletariats vorzeichnen zu können. Die russische Regierung hat davon Abstand genommen, politische Gefangene in außereuropäisches Gebiet abzuschieben. Das ist zwar kein großer, aber doch ein Erfolg, der uns ermutigen muß, auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen. Die Milde, wie sie angeblich in Rußland gegen Gefangene geübt wurde, ist der grauamte Zynismus, den die sozialistische Arbeiterbewegung kennt. (Lebhafte Beifall.)

Obdann erhält das Wort Genosse Crispian. Unter größter Aufmerksamkeit des Kongresses macht er Mitteilung von dem Schritt, den die Parteileitung zum Schutz der gefangenen Sozialisten in Rußland eingeleitet hat. Die Parteileitung hat die von dem Parteitag gefasste Entschließung der Berliner Sowjetvertretung mit der Bitte um Weiterleitung an die russische Regierung überhandt. Dieses Schreiben ist nun an die Parteileitung zurückgeschickt worden mit dem Vermerk in russischer Sprache, daß die Sowjetvertretung in Berlin keine Post- und Telegrapheninstitution sei. (Allgemeine Entrüstung.) Eine Anrede enthält dieser Vermerk nicht, lassen wir eine Unterschrift, während wir in unserem Schreiben alle Höflichkeitsformen gewahrt haben. Ich darf unter diesen Umständen auf irgendwelche kritische Bemerkungen wohl verzichten. Wir werden uns jedenfalls durch diese Behandlung nicht abhalten lassen, uns weiter für die sozialistischen Gefangenen einzusetzen. Die Ablehnung der Sowjetvertretung ist so treffend für die Politik der Menschewiki, daß man sie nur aufpassen kann als einen Faustschlag ins Gesicht des internationalen Proletariats. (Stürmischer Beifall.)

Lebedow erinnert daran, daß in einem anderen Falle, als er sich bei der Sowjetvertretung um die Beförderung eines aus Amerika angelangten Briefes an Lenin bemühte, die Sowjetvertretung dies als eine Ehrenpflicht betrachtet habe. Damit habe sie einen Präzedenzfall dafür geschaffen, daß sie sehr wohl die Beförderung von Briefen übernehme, wenn dies in ihrem Interesse gelegen sei.

Dittmann: Ich darf wohl ohne Debatte feststellen: Der Parteitag hält unerschütterlich fest an seiner Forderung, daß endlich in Rußland Schluss gemacht wird mit dem unmenschlichen System der Gefangenenbehandlung und mit dem ganzen russischen Terrorsystem. (Stürmischer Beifall.)

Nun wieder zur „Roten Fahne“ zurück. In unserem Bericht über die Sonntagssitzung des Parteitages hieß es ausdrücklich, daß Genosse Abramowitsch von „250 Genossen verschiedener Richtungen“ gesprochen hat, die in den Moskauer Gefängnissen in den Hungerstreik getreten seien, um die Aufmerksamkeit des internationalen Proletariats auf die entsetzlichen Verhältnisse, unter denen sie zu leiden hätten, zu lenken. Das Koska-Telegramm bedient sich einer der übelsten Fälschermethoden, indem dort lediglich von Menschewiki gesprochen wird, und die „Rote Fahne“ drückt das Zeug unbesehen nach. Nein, es handelt sich nicht allein um Sozialisten, sondern auch um Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Kommunisten, um Angehörige aller proletarischen Richtungen, die der Sowjetregierung aus irgendeinem Grunde unbehagen sind und deshalb von ihr aufs grausamste verfolgt werden. Das Nötige dazu ist auf dem Parteitag bereits gesagt worden.

Zu ihrer Schande fügen die Wortführer der Kommunisten aber noch den Hohn. Die Berliner Sowjetvertretung hat es abgelehnt, die Protestkundgebung weiterzubefördern, weil sie keine Telegraphen- und Poststation sei. Wenn es sich um die Wünsche kapitalistischer Kreise handelt, dann ist man dort nicht so engherzig. Herr Stinnes und seine Trabanten, Lloyd George und andere bürgerliche Staatsmänner brauchen nur die Stirne zu runzeln, und mit aller Ergebenheit werden von den ausländischen Sowjetvertretungen deren Wünsche nach Moskau weitergeleitet. Aber in diesem Falle handelt es sich um eine proletarische Angelegenheit; was braucht man da viel Federlesens zu machen?

Amnestie in Irland. In Dublin verkündet, daß auf Grund der Verhandlungen zwischen Griffith und der britischen Regierung alle politischen Gefangenen einschließlich der zum Tode Verurteilten, am 12. Januar freigelassen werden sollen.

Nationalistische Aufregung in Paris

Briand nach Paris abgereist

Die französischen Nationalisten sind in heller Aufregung. Poincaré, der schon lange auf dem Sprunge steht, scheint einen heftigen Angriff auf Briand unternehmen zu wollen. In Kammer und Senat hat sich eine laute Opposition gebildet, die von dem bisherigen Gang der Verhandlungen in Cannes eine Schädigung der französischen Interessen befürchtet. Einige Ministerkollegen von Briand erklären, daß sie mit ihm nicht einverstanden seien. Die nationalistiche Presse greift Briand heftig an und sie schreibt bereits von einer Komödie, die in Cannes gespielt werde. Unter diesen Umständen hat es Briand vorgezogen, nach Paris abzureisen, um die Situation zu retten. Ob ihm das gelingen wird, erscheint noch zweifelhaft. Freilich dürften selbst die französischen Nationalisten darüber im Klaren sein, daß im Augenblick ein Ministersturz die internationale Lage Frankreichs nicht wesentlich bessern würde und es ist schon möglich, daß sie vorläufig Briand die Verhandlungen in Cannes erst zu Ende führen lassen werden, um ihn bei der nächsten Gelegenheit zu beseitigen. Ueber die Vorgänge in Cannes und Paris liegen folgende Meldungen vor:

Poincaré trifft auf

Paris, 11. Januar.

Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat unter dem Vorsitz von Poincaré eine Sitzung abgehalten. Nach eingehender Prüfung der Lage, wie sie durch die Konferenz in Cannes geschaffen wurde, hat sich die Kommission entschlossen, und zwar mit Zustimmung aller anwesenden 25 Senatoren, folgendes Telegramm an den Ministerpräsidenten Briand zu richten:

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat auf Verlangen einer großen Anzahl seiner Mitglieder und mit Rücksicht auf das allgemeine Gefühl, das sich gestern in den Gruppen des Senats geltend gemacht hat, mich beauftragt, Ihnen eiligst Kenntnis zu geben von der Tagesordnung, die angenommen wurde. Der Ausschuß ist der Ansicht: 1. daß der wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbau Frankreichs eine wesentliche Bedingung des Wiederaufbaues Europas ist, 2. daß die Reparationen, auf die Frankreich Anspruch hat, unantastbar bleiben, daß also weder eine neue Reduktion noch eine Abänderung des Zahlungsplanes vom 15. Mai 1921 angenommen werden kann. Es ist unzulässig, die belgische Priorität im mindesten zu erschüttern. 3. Frankreich kann sich zu der geplanten internationalen Wirtschaftskonferenz nur begeben, wenn es im voraus die effektive Versicherung erhält, daß alle seine Rechte respektiert werden, 4. der zwischen Frankreich und England diskutierte Pakt muß vor allem die Garantien, die Ausführungsmittel und die Pfänder, die Frankreich aus den Verträgen zu empfangen hat, bestätigen und ihn für die Gegenwart und Zukunft sichern.

Der Ausschuß ist infolgedessen der Ansicht, daß nichts wirksam werden kann ohne die Mitarbeit des Parlaments. Die Mitteilung ist unterzeichnet Raymond Poincaré.

Die deutsche Delegation in Cannes

Cannes, 11. Januar, 10,40 Uhr vorm.

Die deutsche Delegation, mit Reichsminister a. D. Dr. Walter Rathenau an der Spitze, ist heute hier eingetroffen und am Bahnhof von den Kabinettschefs Briands und Loucheurs empfangen worden.

Paris, 11. Januar.

Wie der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Cannes meldet, hat in der heutigen Sitzung des Obersten Rates Briand verlangt, daß vor jeder weiteren Verhandlung die Reparationskommission die deutschen Delegierten über die am 15. Januar von Deutschland zu leistenden Zahlungen hören

Das Kapital wird pessimistisch

Der Hauptausschuß des deutschen Reichsverbandes der deutschen Industriellen hielt gestern in Berlin eine Sitzung ab. Geheimrat Bächer erstattete einen Bericht über die wirtschaftspolitische Lage Deutschlands, der, wie die Zeitung hört, durchaus pessimistischen Charakter trug. Sämtliche anwesenden Herren teilten diese Auffassung durchaus und brachten ihre Zustimmung durch lebhaften Beifall zum Ausdruck. Bächer betonte vor allem, daß im Hinblick auf den fragwürdigen Erfolg der Konferenz von Cannes Deutschlands einzige Hoffnung auf die Konferenz von Genua gesetzt werden könne. Das wichtigste Problem für Deutschland seien gegenwärtig die Stabilisierung der Wirtschaft in Zentraleuropa und Rußland. Als weitere Punkte auf der Tagesordnung standen ein Referat Geheimrats Trendelenburg über die große Handelskontrollen und die Devisenablieferung, ein Vortrag Geheimrats Dahlberg betreffend den Entwurf der Stabilisierung der Geldinheit und ein Referat Dr. Schneides über Zolltarif und Handelspolitik. Da die Tagesordnung gestern nicht zu Ende geführt werden konnte, wird die Sitzung heute vormittag um 10 Uhr fortgesetzt werden.

Der Pessimismus dieser Herren hat zwei Ursachen. Sie fürchten erstens, daß die Verbesserung der volutarischen Verhältnisse den bisher undogrenzierten Gewinnmöglichkeiten ein Ende setzen könnte; sie haben zweitens Angst davor, daß durch eine wirksamere Kontrolle der kapitalistischen Geschäfte ihre Interessen geschädigt werden könnten. Die Arbeiterschaft wird sich dadurch nicht betrunken lassen, sondern erst recht darauf drängen, daß durch die Heranziehung des Besitzes zu den Staatslasten und durch die Erfassung der Sachwerte dem fehligen Finanzandal ein Ende gemacht wird.

Justizreform in Rußland

DE. Moskau, 11. Januar.

Am 26. Januar tritt in Moskau der 4. Allrussische Kongress der Vertreter der lokalen Justizbehörden zusammen, der über den Ausbau des Justizwesens und seine Anpassung an die Erfordernisse der neuen Wirtschaftspolitik beraten soll. Der Leiter der Kassationsabteilung des Allrussischen Zentralerzählungsausschusses, Krylenko, der frühere Oberbeschreiber der russischen Armee nach der Oktober-Revolution, der in den letzten Jahren bereits wiederholt für die Bekämpfung der Straßengehulste der Tscheka eingetreten war, vertritt in den amüslichen Moskauer „Jornal“ das Programm seiner weitgehenden Justizreform. Nach diesem Programm soll den Befehlshabern die gegen sie erhobene Anklage innerhalb von zwei Wochen vorgelegt werden und sämtliche Strafangelegenheiten mühten innerhalb eines Monats den Gerichtsbehörden übergeben werden. Das Recht der Tscheka, außergerichtliche Strafen zu verhängen, soll lediglich auf Angehörige der antisowjetischen Parteien, auf Weiskardisten und Banditen anwendbar sein und die Todesstrafe nur bei offenen Aufständen angewandt werden. Das Dekret über die Einschränkung von Requisitionen und Konfiskationen müsse tatsäch-

lich durchgeführt werden. Es müsse eine von den Verwaltungsbehörden völlig unabhängige Staatsanwaltschaft geschaffen werden, mit der Aufgabe, für die Gesehmäßigkeit Sorge zu tragen und die Erhebung von Anklagen wegen Amtsverbrechen müsse vereinfacht werden. Des Weiteren wird die Herausgabe einer Zivil- und Kriminal-Prozessordnung und eines Zivilgesetzbuches sowie eine durchgreifende Reform des ganzen Gerichtswesens verlangt. Krylenko führt aus, sein Projekt stehe auf starkem Widerstand, u. a. auch innerhalb des Kommissariats für Justizwesen, es stelle jedoch das Mindestmaß des Notwendigen dar. Ein anderer Artikel des amüslichen Blattes vertritt die Notwendigkeit, eine rechtskundige Anwaltschaft wiederherzustellen.

Die russische Hungersnot

Moskau, 10. Januar.

laut den letzten statistischen Ausweisen betrug die Zahl der Bevölkerung des Gouvernements Samara 2.806.000 Personen. Davon hungerien im Dezember 1.900.000 Menschen. Vor Hunger geschätzt waren 260.000 oder 3 v. H. Aus allen Teilen des Gouvernements kommen Schreckenrufe. Die Zahl der durch Hunger Erkrankten nimmt sehr rasant zu. 767 Rüssen wurden bisher erlöhnt. In der Kirgisenrepublik hungerien 1.600.000 Menschen. Organisierte Hilfe wurde bisher nur 45.000 Menschen zu teil.

Zwischen Rußland und Norwegen ist, einer Meldung der „Dena“ zufolge, ein Abkommen zur Vinderung der Hungersnot getroffen worden. Norwegen gewährt Rußland eine Anleihe, und zwar dergestalt, daß die durch Ranien gestellten Lebensmittelf Kredite von der russischen Regierung als Staatsanleihe anerkannt werden, die auf zehn Jahre gewährt wird und mit 6 Prozent zu verzinsen ist. Die Zinsen sind per 1. Januar und 1. Juli zu erstatten. Kapital und Zinsen sind in Rußland steuerfrei. Das Kapital wird seitens Rußlands durch ausreichende Garantien sichergestellt. Das Abkommen tritt in Kraft, sobald es von der russischen und der norwegischen Regierung ratifiziert ist.

Das neue ungarische Wahlgesetz

Budapest, 11. Januar. (Intel.)

Der Entwurf zu dem neuen Wahlgesetz ist fertiggestellt und von dem Ministerpräsidenten der Nationalversammlung vorgelegt worden. Der neue Entwurf setzt das Alter der wahlberechtigten Männer von 20 Jahren auf 26 Jahre, das der Frauen auf 30 Jahre hinauf.

Zwan Hellsas, der berüchtigte Führer der Terrorgarden, wird in dem Wahlkreis des oberungarischen Vizepräsidenten Kabinet, Kosslemet, für die ungarische Nationalversammlung kandidieren.

Die Leiden der Kriegsgefangenen. Die russische Regierung hat bei der polnischen Regierung gegen die grausame und menschenunwürdige Behandlung der russischen Kriegsgefangenen in dem Gefangenenlager von Strzawowo Einspruch erhoben.

Preissturz in allen Artikeln

bietet unser Inventur-Ausverkauf bis 16. Januar

unserer Abteilung „Bestecke“

Selten günstige Einkaufsgelegenheit für Kaffees, Restaurants, Pensionate, Hotels sowie für Geburtstags-, Verlobungs- und Hochzeitsgeschenke und für den gesamten Hausbedarf!
Sämtliche Preise gelten nur soweit Vorrat, Abgabe erfolgt nur in kleineren Quantitäten

Aluminiumwaren

Mokkalöffel	—,90
Kaffeelöffel	1,25
Eßlöffel	2,40
Tafelmesser mit Aluminiumgriff	8,25
Frühstückmesser mit Aluminiumgriff	7,25
Eßbestecke, Messer und Gabel	10,65
Frühstücksbestecke, Messer und Gabel	9,25

Alpaccawaren

Schwere Alpacca-Kaffeelöffel	9,50
Schwere Alpacca-Eßlöffel	14,50
Schwere Alpacca-Eßbestecke Messer und Gabel	32,00
Schwere Alpacca-Frühstücksbestecke Messer und Gabel	28,00
Alpacca-Luxus-Kaffeelöffel	11,00 bis 14,00
Alpacca-Luxus-Eßlöffel	22,00 bis 26,00
Alpacca-Luxus-Eßbestecke	49,00 bis 81,00

Ganz außerordentlich billige

Extra-Angebote

Elegant. Etuis mit Inhalt von sechs Kaffeelöffeln, Alpacca Etui 75.—
von 12 Kaffeelöffeln, Alpacca 146.—



Frühstücks-Bestecke

Fadenstiel, Messer und Gabel, mit echter Silberauflage
Paar 84.—



Essbestecke

Fadenstiel, Messer und Gabel, mit echter Silberauflage
Paar 99.—

Solinger Stahlbestecke

mit echten Ebenholzgriffen, Messer und Gabel
Paar 39.—

Aluminium-Wasserkessel

prima Qualität
2 1/2 Liter Inhalt 110,00
3 1/2 Liter Inhalt 150,00




Alpacca-Gemüselöffel schwere Ware . . Stück 33,00
Alpacca-Vorleger Alpacca gestempelt, schwere Ware Stück 65,00

Prima Aluminium-Schmortöpfe

16—22 cm mit Deckel, kompletter Satz Jetzt 145.—



Der Versand von Preislisten erfolgt während der Inventurzeit nicht, da die Preise nur soweit Lager bei sofortigem Kauf gelten. Nach außerhalb erfolgt der Versand nur, wenn der Betrag und 9 M. für Porto und Verpackung mit der Bestellung eingesandt wird. Bestellungen auf Nachnahme können infolge des jetzigen hohen Portos nicht ausgeführt werden. Es wird gebeten, diese Bedingungen zu beachten, um unnötiges Porto zu ersparen.

Franz Borowicz

Metallwaren-Industrie
Berlin SO 26, Waldemarstraße 27, vorn part. 1 Minute vom Moritzplatz, Oranienpl. u. Görlitzer Bf.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 4675 und 4676

Geschäftszeit von 10—7 Uhr

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: König Lear
Neues Volksbühnen-Theater
8 Uhr: Die Gezeiten
Staatstheater
8 Uhr: Die Gezeiten
Deutsches Theater
7 Uhr: Ein Traumspiel
Kammerspiele
A. Anatol
Großes Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Orpheus u. Eurydice
Theater am Kollndorplatz
8 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
Komödienhaus
7 30 Uhr: Karussell
Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr
Prinzessin Olala
Romische Oper
7 1/2 abends 7 1/2
Die große Musikanten-Operette Revue
Der Herr der Welt

Circus Busch

11 Attraktionen
Tgl. 7 1/2, 5 1/2, auch 3 U.
Das Pferdetrain
Eine Tierfascination
Zum Schluss:
Das indische Manespiel
Die Schlange d. Durga
Wkt. Weibchen u. Circuskaffe.
7 1/2, Casino Theater
Nur nach kurze Zeit
Der Weg zum Glück
Esp. 3 1/2, Das Gottändel

BERLINER THEATER

Charlottenstr. 90-92
Stark ermäßigte Preise für Abonnenten!

Ausschneiden!

Anweisung auf 1-6 Plätze

Rang	10 M.
II. Rang-Balkon	14 M.
" " 1.-3. R.	17 M.
Parkett	4.-5. R. 22 M.
" " 1.-3. R.	30 M.
Parkett-Fant.	5.-8. R. 40 M.
" " 1.-4. R.	50 M.

Täglich 7 1/2
Gültig vom 16. Januar bis 5. Februar außer Sonntags
Musik von Jean Gilbert in erster Besetzung
Einlösung gegen Originalbillets täglich von 10 1/2, bis 1 1/2, und von 9 1/2, bis 7 1/2, an der Theaterkasse
Vorverkauf 8 Tage im voraus.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Freitag, den 13. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 4), Engelauer 25:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlussfassung über die notwendige Beitragserhöhung. — 2. Stellungnahme zur Lohnbewegung und zum neuen Reichs- oder Ortsrat. — 3. Wahl eines Stellvertreters zum Verbandsbeirat. — 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen erwartet vollständiges und pünktliches Erscheinen
Die Ortsverwaltung.

Hautjucken

Hautausschlag, bei Krätze befeuchtet das schnell heilende Mittel
Peruvia
Sicherer Erfolg, leichte Anwendung. 1 Person 10 Mk., 2-3 Personen 15 Mk. franko.
Kölbe, Werk, Offen 1
Berrinstr. 28

Altmetalle

zahlr. hohe Preise. Oberberger Str. 1, Amt Hund 417
Günstige Angebote in Amer. Opus. Schal-Hrag. 850 an
Aust. Opus. Schal-Hrag. 850 an
Amer. Opusum-Felle v. 145 an
Bibret-Felle 1. Besatz v. 45 an
Kreuz-Alaska-Zobel, Silberfuchs mit 15 Prozent Ermäßigung
Pelzwaren-Haus
A. Klass & Co.
Rosenthaler Straße 40-41
am Hackelstein Markt

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Pfindeberg 83-85
Telephon Amt Norden Nr. 833-838
Sonnabend, den 14. Januar 1922, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 25 (gr. Saal)

Gemeinsame Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer sowie der Bauklempner

Tagesordnung:
1. Bericht über das Ergebnis unserer Verhandlungen.
2. Diskussion.
Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefasst werden müssen, ist das Erscheinen eines Jeden dringend notwendig.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Verband Berlin.
Sektion der Stuck- und Gipsbaubranche.
Am Freitag, den 13. Januar 1922, abends 8 1/2 Uhr, Saal in den Musikern-Gewölben, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (unterer Saal), eine
Mitglieder-Versammlung aller in der Stuck- und Gipsbranche beschäftigten Kollegen hat.
Tagesordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlung vor dem Sachverständigenrat. 2. Diskussion und Abstimmung. 3. Gewerkschaftliches. 4. Mitgliederbuch oder Mitgliedskarte legitimiert, ohne das beide beim Eintritt. Bildhauer der Stuckgruppe hat ebenfalls gleiche.
Die Sektionsleitung.

Ein unentbehrliches Buch!

Die Erwerbslosenfürsorge

nach dem neuesten Stande

Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der Erwerbslosen und Kurzarbeitern zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages

Von Rudolf Weck
Arbeitersekretär in Königsberg. Dr.
Preis 8.— Mark

Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.
Berlin C 2
Abt. Buchhandlung
Breite Straße 8-9

Möbel

nach zu billigen Preisen
Bar od. Teilzahlung
bei Walter G. u. Abzahlung
Bürgerliche Wohnungseinrichtung.
Wohnzimmer / Schlafzimmer
Speisezimmer / Herrenzimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch nach ausw.
Lagerung kostenfrei.
Möbel-Cohn
Dr. Frankfurter Str. 5-8
5 Min. v. Alexanderbr.
Hilke-Waldr. 47-48
5 Min. v. Hof-Operndbr.
Gerhart Hauptmann's Werke, komplett, kauf Buchhandlung „Freiheit“ Berlin Str. 5-6

Wildes Siedeln und Wohnungsbeschaffung

Eine schwere Bedrohung der städtischen Finanzen

Das Problem der Wohnungsbeschaffung brennt uns auf den Nägeln. Die private Bautätigkeit ist sehr gering, und das Reich und die anderen öffentlichen Körperschaften haben zur Lösung der Frage so gut wie gar nichts beigetragen. Denn die geringen Zuschüsse, die baulustigen Kleinsiedlern gezahlt werden, sind in Anbetracht des Umfangs des Problems nicht der Rede wert. Es wäre eine Bautätigkeit allergrößten Stils notwendig, um dem Bedürfnis nachzukommen. Es erscheint ausgeschlossen, den Selbstbetrag an Wohnungen durch Flachbauten zu beschaffen. Ich halte dafür, daß das einzig und allein durch großflächigen Bau von Hochhäusern zu machen ist. Denn das Hochhaus ist nach allen Untersuchungen das billigste.

Wir haben nun allerdings die Siedlungstätigkeit immer begünstigt oder ihr wenigstens das Wort geredet. Viele hörten es uns. Sie kauften sich ein Stadtländchen, möglichst billig, haben es im Laufe der Jahre unter Aufwand vieler Mühe urbar gemacht und kultiviert, Obstbäume darauf gepflanzt und sich so eine kleine Wirtschaft geschaffen, die ihnen wertvolle Zuschüsse an Nahrungsmitteln liefert. Mit dem Wert der Früchte steigt aber auch die Gefahr des Diebstahls, und das hat bei zahlreichen Familien den Wunsch geweckt, sich auf ihrer Parzelle anzusiedeln. Die Wohnlaubensverordnung, die während des Krieges herauskam, hat bewirkt, daß sich zahlreiche Familien aus ihrem Gartenland angesiedelt haben. Andere haben eingesehen, daß sie in den gesättigten Wohnländen — viele dürfen nur in bestimmten, sehr beschränkten Größenverhältnissen hergestellt werden — auf die Dauer nicht wohnen können. Sie kamen deshalb um die Bauerlaubnis wohnlicher Kleinhäuser ein. Nach dem Kriege funktionierte jedoch die Baupolizei in den Außenbezirken Groß-Berlins nur sehr mangelhaft. Die kleinen Gemeinden haben nicht darauf, daß die Baulustigen ihren Anliegerpflichten nachkommen oder stellen angesichts der ungeheuren Wohnungsnot so geringe oder gar keine Anforderungen, daß jeder fast überall bauen durfte. Auch die baupolizeiliche Außenkontrolle stellten sie fast ganz ein und ließen die Dinge laufen wie sie wollten. Sie waren froh, wenn die Baulustigen Wohnungen schufen und ihre eigenen Wohnkommissionen nicht in Anspruch nahmen. Auch als Groß-Berlin in Funktion trat, änderte sich hieran zunächst nichts. Als man aber sah, was draußen vor sich ging, mußten energische Schritte unternommen werden, um die Schädigungen, die dadurch der Stadtgemeinde erwachsen, zu verhüten, oder wenigstens auf das Geringste abzumildern. Waren doch im Stadtgebiete Tausende Bauten an unregulierten Straßen entstanden, die zu pflastern und zu regulieren jetzt die Stadt verpflichtet werden kann.

Als ich im Bezirk Cöpenick auf diese Verhältnisse aufmerksam machte, war man in unserem Bezirksamt geneigt, bei der Anliegerregulierung, d. h. der Kosten- und Pflichtenfestsetzung der Baulustigen, milde zu verfahren, um die Bautätigkeit nicht zu unterbinden und die Wohnungsnot nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Aber diese Gesichtspunkte schienen mir nicht so ausschlaggebend wie die Gefahren für die Stadt. Man sagte sich, daß man die Baulustigen ruhig auf freiem Felde bauen lassen sollte, solange sie selbst keine Anforderungen an Be- und Entwässerung, an Straßenpflaster oder Beleuchtung u. dgl. stellen würden. Damit ist aber die Angelegenheit in Wirklichkeit nicht erledigt. Denn jeder weiß, daß ein unbefestigter Weg, an dem gebaut wird, durch die Bauarbeiten in wenigen Tagen so zerfahren und zerstört wird, daß seine Benutzung leicht eine öffentliche Gefahr ist. Dann aber kommt die Polizei und verlangt von der Stadt die Befestigung der Straße, und die Stadt muß dem Verlangen nachkommen, ohne für die Kosten gebüßt zu sein.

In zahlreichen eingemeindeten Vororten besteht überdies noch gar kein Bebauungsplan, der den Forderungen der Hygiene und der öffentlichen Sicherheit Rechnung trägt. Wo das fehlt, dafür ist ein Beispiel lehrreich, das im Bezirk Wedding vorgekommen ist. Dort ist an entlegener Stelle eine „wilde Siedlung“ entstanden. Als bei einem Wohnungsbrande die Feuerwehr anrückte, stellte sie heraus, daß der nächste Hydrant 600 Meter entfernt war. Da der herbeigekommene Löschzug nur 300 Meter Schlauch hatte, mußte ein zweiter requiriert werden, mit dessen Hilfe man des Feuers Herr wurde. Inzwischen verbrannten zwei Kinder!

Durch solche wilden Siedlungen kommen wir zu den mittelalterlichen fürchterlichen Verhältnissen, unter denen jede größere Siedlung ein Massengrab war. Es liegt die Gefahr vor, daß auf diese Weise alle Kulturerrungenschaften verloren gehen und zu allem der Stadt zugunsten einzelner, verhältnismäßig weniger Siedler Lasten aufgebürdet werden, die sie nicht zu tragen vermag. Allein an diesen Lasten müßte die Stadt Berlin verbrühen, wenn man den Dingen freien Lauf läßt, denn es handelt sich hier schon heute um Hunderte von Millionen Mark.

Das wilde Siedeln muß daher aufhören, und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um entweder die Siedlungstätigkeit auf wenige Stellen zusammenzudrängen und dort die Straßen so gleich zu regulieren (vielleicht verwendet man dazu die Siedlungs-

zuschüsse, die Reich, Land und Stadt zahlen), oder man muß versuchen, die rund 300 Kilometer anbaufertigen Straßen innerhalb Berlins, die z. T. in den Händen der Boden Spekulation sind, für die Siedlung nutzbar zu machen. In früherer Zeit machte man nicht so viel Federlesens; der sogenannte Große Kurfürst dekretierte ehemals selbstherrlich für Berlin: „Wer eine wüste Stelle ungebaut läßt, verliert zu Gunsten dessen sein Eigentum, der sie bebaut“. Heutzutage dürfte man sich im freiesten Lande der Welt nicht so leicht zu einer solchen Verletzung des Privateigentums aufraffen. Aber Rat muß geschaffen werden. Das kann jedoch nicht so geschehen, daß eine Stadt zu Gunsten des Reichs, das auf dem Gebiete des Wohnwesens alle Pflichten hat zu Grunde gerichtet wird. Es wird eben schließlich darauf hinaus kommen, die hundert Milliarden flüssig zu machen, die den Wohnungsbau größtmäßig auszuführen gestatten, oder man muß eben — sozialisieren! Dann wird die Bauerei auf einmal eine öffentliche Angelegenheit, die zwangsläufig ihre Erledigung findet.

Zur Zeit ist eine auf mein Betreiben eingesetzte Kommission mit der Ausarbeitung neuer Richtlinien beschäftigt. Sie werden zweifellos manchem Bauenden wesentliche Erschwerungen bringen und die Baupolizei wird ganz erheblich härter zulassen als bisher. In den Außenbezirken ist die Kontrolle sowieso schon außerordentlich erschwert. Es wird an Stellen gebaut, die nur vom Wasser aus zugänglich sind, der patrouillierende Baupolizist sieht die wachsenden Mauern vom Lande oft gar nicht und kann nicht dahingelangen. Erst wenn sie plötzlich in gewisser Höhe dastehen werden sie sichtbar. Und da die Siedler oft nur Sonntags bauen, wobei gewöhnlich die ganze männliche Verwandtschaft treue Hilfe leistet, so sieht der bloß wochentags kontrollierende Beamte den Schaden erst, wenn es spät ist. Das Eingreifen ist dann sehr schwierig, weil oftmals gar nicht feststellbar ist, wer Bauherr, und wem die baupolizeiliche Sperranordnung zuzustellen ist.

Die Stadt befindet sich in einer schweren Zwangslage, die durch das Bestehen der Wohnlaubensverordnung noch erschwert wird. Am besten wäre es, wenn auch diese verschwände. Es wird eben nichts anderes übrig bleiben, als die Dinge auf die Spitze zu treiben, damit wirklich endlich einmal etwas Grundlegendes in bezug auf die Wohnungsfrage geschieht. Wichtig genug ist die Sache doch wohl!

Stadttrat Felix Linke (Cöpenick).

Die Aufwandsentschädigung der städtischen Ehrenbeamten

Den 2. Senat des Oberverwaltungsgerichts beschäftigt zurzeit eine Verwaltungsstreitklage des Magistrats Berlin gegen den Oberbürgermeister wegen des von den städtischen Körperschaften beschlossenen Ortsgesetzes über den Ersatzbarer Auslagen und entgangenen Arbeitsverdienstes an ehrenamtlich tätige Bürger in Form einer Pauschalumme.

Der Oberbürgermeister hatte diesen Beschluß auf Anweisung des Oberpräsidenten beanstandet, und der Magistrat hat daraufhin die Verwaltungsstreitklage erhoben mit dem Antrag, das Ortsgesetz für rechtsgültig zu erklären. In der gestrigen Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht vertrat Magistratsassessor Dr. Heine den Magistrat. Der Oberpräsident hatte sich bei seiner Anweisung auf den Standpunkt gestellt, daß die städtischen Ehrenbeamten, Stadtverordneten, Stadträte, unbesoldeten Stadträten usw. gewährten Monatspauschalage und Sitzungsgelder mit dem § 30 des Gesetzes Groß-Berlin nicht zu vereinbaren seien, monach nur der Ersatzbarer Auslagen und der entgangenen Arbeitsverdienst zu entschädigen seien. Der Magistratsvertreter betonte demgegenüber, daß diese Pauschalierung zweifellos zulässig sei, insbesondere nach dem Gesetz über die Änderung einiger Bestimmungen des Gemeindeverfassungsrechts. Danach sei im allgemeinen eine Entschädigung festzusetzen, die dem entgangenen Arbeitsverdienst „entspricht“. Besonders bei den geistigen Arbeitern als städtischen Ehrenbeamten sei ein Nachweis über entgangenen Arbeitsverdienst unmöglich. Der Senat beriet über diese Frage, die das Oberverwaltungsgericht noch nicht beschäftigt hat, sehr eingehend, ohne zu einem Beschluß zu kommen. Das Urteil soll den Parteien schriftlich zugestellt werden.

Einheitliche Regelung der Straßenreinigung auf Kosten der Mieter!

Im Straßenreinigungswesen der neuen Stadtgemeinde Berlin bestehen noch erhebliche Unterschiede. Der Magistrat hat nun ein Ortsgesetz ausgearbeitet, das ein möglichst einheitliches Recht schaffen soll und zur Zeit den staatlichen Stellen zur Vorprüfung vorliegt. Wesentliche Änderungen in der Reinigungspflicht selbst sind zunächst nicht beabsichtigt. Da aber eine Deckung der Kosten der Straßenreinigung aus den allgemeinen Einnahmen in dem bisherigen Umfang nicht mehr möglich ist, seitdem durch

die neue Reichssteuergesetzgebung der Stadtgemeinde wichtige Einnahmequellen entzogen worden sind, werden voraussichtlich — wie in fast allen Großstädten — von den Grundbesitzern Beiträge zu den Kosten der Straßenreinigung erhoben werden, die dann in Gestalt weiterer Mietszuschläge auf die Mieter zu verteilen wären. Die Belastung würde in Wohnstraßen etwa 2 Prozent der Friedensmiete von 1914 betragen.

Kunst und Natur

Verdächtige Zustände beim Milchamt Berlin.

Eine Verhandlung, die auf die Zustände im Milchamt Groß-Berlin ein eigenartiges Licht wirft, beschäftigte dieser Tage das Wuchergericht beim Landgericht I.

Vor einiger Zeit beschlagnahmte das Wuchergericht bei dem Milchhändler Gesche einen größeren Vorrat Schlaglähne und handte diese zur Untersuchung an das Laboratorium der Meierei Bolle. Dort wurde durch Chemiker festgestellt, daß die eingelieferten Proben reine Naturschlaglähne seien, deren Herstellung verboten ist, und so wurde G., der eine Anzahl Milchhändler mit Schlaglähne versorgt hatte, unter Anklage gestellt. Bei der Verhandlung stellte sich nun folgendes heraus: Als das Milchamt Berlin die Fabrikation von Kunstschlaglähne aufnahm, wandte sich der Angeklagte Gesche an die städtische Meierei Bolle und bezog von dort täglich 40 bis 60 Liter Schlaglähne zum Preise von 34 M. pro Liter. Die Sahne wurde als Kunstschlaglähne von der Meierei Bolle verkauft. Es hat dann eine Anzahl kleinerer Milchhändler die Schlaglähne weiter verkauft und eines Tages wurden bei dem Milchhändler Hausleiter 10 Liter des Fabrikats durch einen Beamten des Milchamtes beschlagnahmt. Durch die Aussagen des Personal des Angeklagten Gesche wurde festgestellt, daß er tatsächlich die Schlaglähne nur vom Milchamt durch die Meierei Bolle bezogen habe. Das Wucheramt handte bei Hausleiter beschlagnahmte Sahne der Meierei Bolle zur Prüfung ein und dort wurde festgestellt, daß es sich um Naturschlaglähne handele. Der als Zeuge vernommene Leiter des Laboratoriums der Meierei Bolle erklärte, daß das Wucheramt die fragliche Sahne dem Laboratorium zur Prüfung überhandte habe. Ein Angeklagter des Laboratoriums habe die Prüfung vorgenommen und erklärt, es handele sich um Naturschlaglähne. Das sei jedoch ein Irrtum, da sich natürlich von Kunstschlaglähne überhandte nicht unterscheiden lasse (?). Der Vorsitzende des Vereins der Berliner Milchhändler, Reins, befandte dagegen, es sei in den Kreisen der Berliner Milchhändler bekannt gewesen, daß das Milchamt nicht nur Kunstschlaglähne, sondern auch Naturschlaglähne in größeren Mengen herstelle und verkaufe, obwohl das nach dem Gesetz streng verboten war. Um diesen Angaben auf den Grund zu gehen, habe der Verein der Berliner Milchhändler bei der Bolle-Filiale in der Mendelssohnstraße derartige Schlaglähne angekauft und durch den Chemiker Dr. Fuhr untersuchen lassen, der zu der Feststellung gekommen sei, daß es sich um reine Naturschlaglähne handele. Man habe in einer Besprechung mit dem Milchamt diese Dinge zur Sprache gebracht, doch wurde dort behauptet, daß den Oberbeamten von der Herstellung der Naturschlaglähne nichts bekannt sei.

Das Gericht konnte nach diesen die Meierei Bolle sehr bestenkenden Angaben in längerer Beratung eine Schuld der Angeklagten nicht feststellen, zumal auch der Staatsanwalt die Anklage bis auf den Verdacht des Kettenhandels hatte fallen lassen, und beschloß weitere Zeugen zu laden, um festzustellen, ob in den städtischen Meiereibetrieben tatsächlich neben alle bestehenden Verordnungen Naturschlaglähne hergestellt und somit die Doffentlichkeit geschädigt wird. Auf den Ausgang des Verfahrens darf man gespannt sein.

Schiebungen mit Lebensmittelfarten

Ein Stadtkretär und vier Angestellte verhaftet.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, beim Schöneberger Magistrat umfangreiche Lebensmittel-Schiebungen, denen man schon seit langer Zeit auf der Spur war, aufzudecken und unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft einen Stadtkretär und vier Angestellte zu verhaften. Die Schiebungen reichen viele Jahre zurück, waren aber stets so geschickt vorgenommen worden, daß sie bis vor mehreren Wochen ganz geheim geblieben waren. Auf die Spur der Schiebungen führten vor einigen Wochen umlaufende Gerüchte, denen man zunächst keine Beachtung schenkte. Bald kam aber so schwerwiegendes Material gegen mehrere Angestellte der Abteilung zusammen, daß man sich schließlich entschloß, die Angelegenheit der Kriminalpolizei zur weiteren Verfolgung zu übergeben. Diese leitete die Untersuchung zunächst im geheimen fort und wurde hierbei auf fallige Buchungen in den Geschäftsbüchern der Abteilung aufmerksam. Jetzt wurden die bücherführenden Angestellten näher beobachtet, und es stellte sich heraus, daß der die Abteilung leitende Stadtkretär und vier seiner Angestellten mit den Lebensmittelarten-Schiebungen in Verbindung zu bringen seien. Weitere Ermittlungen ergaben, daß die Schiebungen besonders mit Brot- und Mehlfarten vorgenommen worden sind, und daß den Schuldigen in den verflochten Jahren Mil-

HERMANN Billige Lebensmittel

Tafelmargarine	18 ²⁵
Schweineschmalz	23 ⁵⁰
Marmelade	6 ²⁵
Rangoon-Bohnen	3 ⁷⁵
Viktoria-Erbsen	5 ⁵⁰
Bandnudeln	6 ⁹⁰
Linsen	7 ⁷⁵
Kartoffelmehl	7 ⁵⁰
Mettwurst	22 ⁵⁰
Mettwurst	24 ⁵⁰
Delik.-Sülze	15 ⁰⁰
Zerelat-Salami	34 ⁵⁰
Rotwurst	17 ⁰⁰

Frisches Fleisch	
Kalbskamm	15 ⁰⁰
Kalbsbrust u.-rücken	16 ⁰⁰
Kalbskeulen	17 ⁰⁰
Schmorfleisch	16 ⁰⁰
Schweinefleisch	20 ⁰⁰
Hammelfleisch	10 ⁰⁰

Weizen-Auszugmehl	5 ⁹⁰
Tafelreis	5 ⁹⁵
Kunsthonig	4 ³⁵
Karotten	6 ⁹⁵
Spinat	7 ⁸⁵
Kohlrabi	7 ⁵⁰
Gemüseerbsen	5 ⁹⁵
Apfelmus	6 ²⁵
Hirschfleisch	9 ⁵⁰
Hasen	65 ⁰⁰
Mandarinen	10 ⁰⁰
Apfelsinen	1 ⁰⁰
Zitronen	85 ⁰⁰

Amerik. Heereskost	6 ⁹⁵	Pork and Beans	3 ²⁵	Rindfleisch	19 ⁸⁰	Kaffee-Ers.-Mischung	7 ⁵⁰	Leberwurst	14 ⁷⁵
--------------------	-----------------	----------------	-----------------	-------------	------------------	----------------------	-----------------	------------	------------------

Sonnabend, 14. Januar, Schlußtag des Inventur-Verkaufs

